

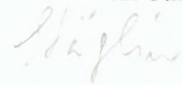
DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 42-43/75

Berlin

23. Oktober 1975

42. Jahrgang



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1975

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel am 16. Oktober 1975

Die Lage der Weltwirtschaft

Die westlichen Industrieländer stehen noch weitgehend im Zeichen der tiefen Rezession, in die sie im Winterhalbjahr 1974/75 abgeglitten waren. Kapazitätsauslastung und Beschäftigungsgrad befinden sich zumeist auf dem niedrigsten Niveau der Nachkriegszeit. Die Selbstverstärkungskräfte des weltweiten Abschwungs waren vor allem in Westeuropa größer als erwartet, nicht zuletzt wegen des starken Lagerabbaus, der sich rasch und deutlich im Rückgang des internationalen Handels niederschlug. Eine wichtige Rolle für den kumulativen Abschwungsprozeß spielte, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen der meisten Länder wegen der Stärke der Inflation und der durch die Ölpreisexplosion vergrößerten Zahlungsbilanzprobleme ihre scharfen Restriktionen nur langsam lockerten – wohl auch in der Hoffnung,

daß sich der Abschwung in Grenzen halten würde. Die Ankurbelungspolitik wurde 1975 erst forciert, als die Arbeitslosigkeit bereits ein ungewöhnlich hohes Ausmaß erreicht hatte und sich der Preisaufrtrieb zu verlangsamen begann. Aufgrund expansiver Maßnahmen kam es in den USA und in Japan bereits im Frühjahr zu einer Belebung der Konjunktur. In Westeuropa dagegen hat die Rezession in den Sommermonaten noch angehalten.

Aufschwung in den USA

Die USA stehen im Herbst 1975 als erstes Industrieland am Beginn eines neuen Konjunkturaufschwungs. Nachdem die Nachfragerexpansion vornehmlich als Folge von Steuersenkungen bereits in

den Sommermonaten mehr und mehr an Kraft gewonnen und eine Zunahme der Beschäftigung bewirkt hatte, ist die Produktion zuletzt verstärkt gestiegen, zumal der Lagerabbau weit vorangeschritten war. Allerdings wurden die Aufschwungstendenzen von einer vorübergehenden Beschleunigung des Preisauftriebs begleitet. Dies bestärkte die Notenbank in ihrer Strategie, zur Eindämmung der Inflation eine nur mäßige Expansion des Geldvolumens zuzulassen.

Die Konjunkturerholung ging vor allem von einer kräftigen Ausweitung des privaten Konsums aus, nachdem die Regierung im Frühjahr die Steuern massiv gesenkt und die Transferzahlungen stark erhöht hatte. So nahmen die Auftragseingänge insbesondere bei den Produzenten dauerhafter Konsumgüter deutlich zu. Steuererleichterungen für die Unternehmen dürften dazu beigetragen haben, daß sich im Spätsommer auch in den Investitionsgüterindustrien ein Umschwung anbahnte. Dies bewirkte nicht nur, daß die Industrieproduktion zuletzt beschleunigt stieg; gleichzeitig nahmen auch die Auftragsbestände erstmals wieder zu. Erholungstendenzen zeigten sich ebenfalls bei der Nachfrage nach Wohnbauten; diese blieb allerdings schwach, kam es doch schon zur Jahresmitte wieder zu einem Zinsanstieg.

Die Verstärkung der Nachfrageexpansion zog im Spätsommer einen Anstieg der Importe nach sich. Diese waren seit Jahresanfang kräftig zurückgegangen und hatten somit entscheidend zur Aktivierung der Handelsbilanz beigetragen. Daß der Überschuß gleichwohl bis zuletzt hoch blieb, geht auf verstärkte Agrarexporte zurück; die Ausfuhr von Industrieprodukten nahm noch nicht zu.

Die Belebung der Produktionstätigkeit führte nahezu ohne Verzögerung zu einer Tendenzwende auf dem Arbeitsmarkt. Bereits im Frühjahr stieg die Beschäftigung wieder an. Seit der Jahresmitte ging auch die Arbeitslosenquote zurück, und zwar von 9,2 vH auf 8,3 vH im September. Zu umfangreichen Neueinstellungen sah sich insbesondere die Automobilindustrie veranlaßt, die den Personalbestand seit Ende 1973 am stärksten abgebaut hatte.

Auf die konjunkturelle Erholung fiel allerdings schon im Sommer der Schatten eines wieder stärkeren Preisanstiegs. Hatte sich der laufende Anstieg der Verbraucherpreise bis zum Frühjahr auf eine Jahresrate von etwa 5 vH verringert, so belief er sich zur Jahresmitte vorübergehend auf mehr als 10 vH. Ausschlaggebend dafür waren kräftige Preisaufschläge bei Nahrungsmitteln und Ölprodukten. Aber auch bei anderen Industrieprodukten geriet die Inflationsberuhigung ins Stocken. Offenbar geben sich viele Unternehmen nicht allein mit der Aussicht

zufrieden, daß sich ihre Gewinnsituation durch eine Milderung des Kostendrucks verbessert. Diese dürfte zuletzt bereits recht spürbar gewesen sein, läßt doch die deutliche Produktionsausweitung darauf schließen, daß es neben der Zunahme der Beschäftigung auch zu einem kräftigen Produktivitätsanstieg gekommen ist, während sich die Nominallohnsteigerungen abschwächten.

Um die Inflationstendenzen wieder einzudämmen, war der Federal Reserve Board bestrebt, die monetäre Expansion in den angekündigten Grenzen zu halten. So schöpfte die Notenbank in den Sommermonaten wieder Liquidität ab, nachdem die Expansion des Geldvolumens (M_1) im Frühjahr als Folge der Steuerrückzahlungen deutlich über die avisierte Marge von 5 bis 7,5 vH hinausgegangen war. Da die Kreditnachfrage als Folge des hohen staatlichen Finanzierungsbedarfs insgesamt weiter zunahm, führte dies dazu, daß das Zinsniveau bereits im Anfangsstadium des neuen Konjunkturaufschwungs wieder stieg.

Im Winterhalbjahr 1975/76 dürfte der Aufschwung noch an Kraft gewinnen. Dafür spricht, daß der private Verbrauch eher noch stärker expandieren wird, weil sich mit dem Anstieg der Beschäftigung nicht nur die laufenden Haushaltseinkommen erhöhen werden, sondern sich auch die bislang hohe Sparquote verringern dürfte. Überdies zeichnet sich ab, daß die Steuererleichterungen nicht wie ursprünglich vorgesehen zum Jahresende auslaufen, sondern auf 1976 ausgedehnt werden. Darüber hinaus kann trotz des niedrigen Auslastungsgrades wieder mit einer leichten Zunahme der Anlageinvestitionen gerechnet werden, haben sich doch die Absatz- und Gewinnerwartungen in vielen Branchen merklich verbessert. Hinzu kommt, daß um die Jahreswende vermutlich ein allmählicher Lageraufbau einsetzen wird. Die sich verstärkende Expansion wird auf andere Länder ausstrahlen; die Importe werden sich zügig beleben. Da die Exporte voraussichtlich nicht entsprechend steigen werden, dürfte der Handelsbilanzüberschuß abnehmen.

Es ist keineswegs auszuschließen, daß sich die Expansion des realen Sozialprodukts im Verlauf des Jahres 1976 wieder verlangsamten wird. Einer boomartigen Aufwärtsentwicklung wird der relativ enge monetäre Rahmen entgegenstehen. Er wird die reale Expansion um so mehr begrenzen, je geringer die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung ausfallen. Der Anstieg des realen Sozialprodukts dürfte sich für 1976 insgesamt auf 5 bis 6 vH belaufen, nach einem Rückgang von 3,5 vH in diesem Jahr. Dabei wird der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt wohl kaum weniger als 7 vH betragen (1975: 9 vH).

Zögernde Erholung in Japan

In Japan haben sich die konjunkturellen Erholungstendenzen, die bereits im Frühjahr eingesetzt hatten, bis zum Herbst nur zögernd verstärkt. Zwar nahm die Industrieproduktion recht kräftig zu, doch ließ die Absatzausweitung zuletzt wieder etwas nach. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich noch nicht.

Die Erholung der Produktionstätigkeit seit dem Frühjahr wurde in erster Linie durch fiskalpolitische Stützungsmaßnahmen ausgelöst, die vor allem in einem Vorziehen staatlicher Investitionen bestanden. Krediterleichterungen trugen dazu bei, daß auch der Wohnungsbau merklich zunahm. Im Spätsommer, als mit der Beruhigung des Preisauftriebs die Reallöhne wieder stiegen, belebte sich auch der private Konsum. Stark rückläufig sind noch immer die Investitionen im Unternehmensbereich. Angesichts der Rezession in den meisten Abnehmerländern gingen auch vom Warenexport bis zur Jahresmitte kontraktive Einflüsse aus.

Der Anstieg der Verbraucherpreise lag im Spätsommer nur noch bei etwa 10 vH (Vorjahrsvergleich), nachdem er zur Jahreswende 1974/75 rd. 20 vH betragen hatte. Die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung erleichterten es der Regierung, die sich nur zögernd erholende Nachfrage durch ein zusätzliches, umfangreiches Ankurbelungsprogramm zu stimulieren. Gleichzeitig stellte die Notenbank die Weichen für eine stärkere Geldmengenexpansion. Diese Maßnahmen dürften im Winterhalbjahr zu einer Verstärkung der Produktionstätigkeit führen, zumal sich auch die Auslandsnachfrage allmählich wieder erhöhen wird. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wird jedoch erst im weiteren Verlauf des Jahres 1976 wieder steigen. Für 1976 insgesamt kann mit einer Zunahme des realen Sozialprodukts von 5 bis 6 vH gerechnet werden, nach etwa 1,5 vH im Jahre 1975.

Talsole in Westeuropa erreicht

Die Rezession in Westeuropa hat bis in die Sommermonate angehalten. Dabei haben sich die Tendenzen zu einem konjunkturellen Gleichlauf der Länder noch verstärkt. Der Rückgang von Investitionen und Exporten sowie die andauernde Schwäche des privaten Verbrauchs führten zu einer immer geringeren Auslastung des Produktionspotentials, zumal noch überhöhte Lagerbestände abzubauen waren.

Die Arbeitslosenquoten haben in den meisten Ländern den höchsten Stand seit etwa zwanzig Jahren erreicht. Dabei geben die Arbeitslosenstatistiken das Ausmaß der Unterbeschäftigung nur unzureichend wieder, nicht zuletzt infolge von Arbeitsplatzsubven-

tionen und verbesserten Lohnausgleichsregelungen im Falle von Kurzarbeit. Ein soziales Problem besonderer Art bilden die von den offiziellen Statistiken häufig nicht erfaßten jugendlichen Arbeitslosen, deren Zahl überdurchschnittlich stark gestiegen ist.

Der Preisauftrieb hat sich, zuletzt selbst in Großbritannien, merklich abgeschwächt. Auf der Großhandelsstufe ist er in einigen Ländern sogar zum Stillstand gekommen. Die Lebenshaltung verteuerte sich zwar immer noch beträchtlich, doch hat sich auch hier die seit der Jahreswende sichtbare Verlangsamung fortgesetzt. Die Dämpfung des Preisauftriebs resultierte insbesondere aus den eingeschränkten Überwälzungsmöglichkeiten. Doch auch der Kostendruck hat sich tendenziell abgeschwächt. So kam es bei den Preisen für importierte Vorleistungen — bis zur Jahresmitte — und bei den Zinssätzen zu einem Rückgang. Vor allem die Lohnstückkosten sind nicht mehr so rasch gestiegen wie zuvor, weil der Lohnauftrieb zumeist nachgelassen und sich die Arbeitsproduktivität vielfach wieder günstiger entwickelt hat.

Trotz der im ersten Halbjahr noch deutlich gestiegenen Realeinkommen erhöhte sich der private Verbrauch kaum. In einzelnen Ländern, wie in Großbritannien und Italien, war sogar ein Rückgang zu beobachten. Ausschlaggebend für die Zurückhaltung der Konsumenten dürfte ein verstärktes Vorsorge-sparen angesichts des anhaltenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit gewesen sein. Nicht zuletzt wegen dieser Entwicklung des privaten Konsums hat sich — zur Enttäuschung nicht nur der wirtschaftspolitischen Instanzen — der konjunkturelle Umschwung verzögert. In den letzten Monaten gibt es jedoch verschiedentlich Anzeichen für eine Belebung der Verbrauchsnachfrage.

In fast allen Ländern hielt der Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern an. Die Entwicklung des privaten Verbrauchs und die zumeist stark rückläufigen Exporte beeinträchtigten bei ohnehin niedrigem Niveau der Kapazitätsauslastung die Investitionsneigung der Unternehmer. Zugleich kam es überwiegend zu einem kräftigen Abbau der Lagerbestände. In der Bauindustrie, vor allem im Wohnungsbau, nahmen die Auftragsbestände offenbar noch weiter ab. Staatliche Anregungsmaßnahmen und die Verringerung der Finanzierungskosten aber haben in jüngster Zeit auf eine Stabilisierung hingewirkt.

Im Zuge des synchronen Konjunkturabschwungs hat sich der Warenaustausch real weiter, wenn auch verlangsamt, zurückgebildet. Die Lieferungen nach den außereuropäischen Industriestaaten und den nichterdölexportierenden Entwicklungsländern nahmen ebenfalls ab, während die Ausfuhren in die OPEC-Länder und Ostblockstaaten noch stiegen. Da

die Verminderung der realen Importe meist stärker ausfiel als die der Exporte und sich die Terms of Trade noch verbesserten, ergab sich vielfach ein Abbau der Handelsbilanzdefizite. Dieser war im Falle Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens — wo die Zahlungsbilanzprobleme in den letzten Jahren eine gravierende Rolle gespielt haben — besonders deutlich. Demgegenüber gingen in der Bundesrepublik Deutschland, deren Importe auf einem beachtlich hohen Niveau blieben, die Handelsbilanzüberschüsse zurück.

Unter dem Eindruck der sich überall verschlechternden Beschäftigungslage wurden in den letzten Monaten in zahlreichen Ländern stärkere fiskalpolitische Expansionsmaßnahmen ergriffen, die umfangreichsten in Frankreich und Dänemark. Gleichzeitig gingen die geldpolitischen Instanzen zu einem expansiveren Kurs über. In einigen Ländern haben die Regierungen zur Eindämmung der Inflation Lohn- und Preiskontrollen eingeführt oder weitere Eingriffe erwogen. So gilt seit Mitte des Jahres in Großbritannien ein von den Gewerkschaften akzeptiertes Limit für Lohnerhöhungen.

Staatliche Konjunkturprogramme, expansive Lagerdispositionen und wieder steigende Exporte in die außereuropäischen Industrieländer werden im Winterhalbjahr 1975/76 langsam zu einer Belebung der Produktion führen. Dies läßt erwarten, daß sich die Konsumneigung allmählich erhöht und sich das Klima für neue Investitionen verbessert, zumal es Anhaltspunkte für eine gewisse Zurückhaltung vieler Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen und damit für eine günstigere Gewinnentwicklung der Unternehmer, gibt. Mit einer Zunahme der Investitions- und Verbrauchsnachfrage wird sich auch der Handel unter den europäischen Ländern ausweiten. Zu einem Anstieg der Kapazitätsauslastung und einer Verringerung der Arbeitslosigkeit wird es allerdings erst im späteren Verlauf des nächsten Jahres kommen; in den Wintermonaten 1975/76 wird die Arbeitslosigkeit jedoch noch zunehmen. Das reale Sozialprodukt der westeuropäischen Länder, das 1975 im Durchschnitt um mehr als 2 vH zurückgehen wird, dürfte 1976 um 2 bis 3 vH steigen.

Tendenzwende im Welthandel

Der scharfe Rückgang des Welthandels, der im Herbst 1974 begonnen hatte, lief offenbar um die Jahresmitte aus. Im ersten Halbjahr 1975 blieb der Warenaustausch real um schätzungsweise 8 vH hinter dem Ergebnis der entsprechenden Vorjahreszeit zurück, während die Industrieproduktion der OECD-Länder um etwa 10 vH abnahm.

Die Industrieländer konnten im ersten Halbjahr 1975 ihr Handelsbilanzdefizit im Vergleich zum ent-

sprechenden Vorjahreszeitraum halbieren; ihre Einfuhren gingen stärker als ihre Ausfuhren zurück. Zu dieser Entwicklung trugen einmal die erhebliche Abnahme der Importe von Erdöl und sonstigen Rohstoffen sowie die relativ günstige Entwicklung der Ausfuhren in die OPEC-Länder bei; zum anderen war sie Folge einer weiteren Veränderung der Terms of Trade zugunsten der Industrieländer.

Im Zuge der Rezessionsüberwindung in den westlichen Industrieländern wird der Welthandel in den nächsten Monaten voraussichtlich wieder leicht zunehmen. Im Verlauf des Jahres 1976 wird er wieder zügig expandieren; im Jahresdurchschnitt dürfte sich real eine Erhöhung um 5 bis 6 vH ergeben, nach einer Schrumpfung um etwa 7 vH im Jahre 1975. Vor allem lagerzyklische Einflüsse werden dazu führen, daß die Einfuhren der Industrieländer rascher als die Produktion steigen.

Die Handelsbilanzen der Industrieländer werden sich wieder stärker passivieren, da sich Volumen und Preise der Einfuhren aus den Rohstoffländern im Zuge der Konjunkturbelebung wieder erhöhen und die Exporte in die Entwicklungsländer (einschließlich OPEC) bedeutend langsamer als zuvor expandieren werden. Die Zahlungsbilanzlage der nichterdölexportierenden Entwicklungsländer wird kritisch bleiben. Ihre Rohstofflieferungen an die Industrieländer werden zunächst nur leicht zunehmen und ihre Exportpreise ebenfalls nur wenig steigen.

Leichter Anstieg der Rohstoffpreise zu erwarten

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe setzte sich der Preisrückgang in den letzten Monaten im allgemeinen kaum noch fort. Die Preise für NE-Metalle und Spinnstoffe erhöhten sich sogar etwas; soweit sie im Pfund notiert werden, blieb dieser Anstieg für die Mehrzahl der Importländer wegen der Pfundabwertung ohne Bedeutung. Dagegen haben sich in Dollar notierte Waren für die meisten Länder seit der Jahresmitte schon wegen der Dollaraufwertung verteuert.

Der Rückgang des Rohstoffverbrauchs in den westlichen Industrieländern dürfte um die Jahresmitte zum Stillstand gekommen sein, da in den USA und in Japan die Erholung der Industrieproduktion eingesetzt hat und in Westeuropa die Rezession ausläuft. Die Verarbeiter sahen bisher zumeist keine Veranlassung, ihre auf ein Minimum reduzierten Vorräte aufzustocken. Um die Angebotsüberschüsse abzubauen, nahmen die Rohstoffproduzenten weiterhin Stützungskäufe vor und hielten an ihren Produktionseinschränkungen fest.

Die fortschreitende konjunkturelle Erholung in den USA und in Japan sowie die sich abzeichnende

Produktionszunahme in Westeuropa werden zu einem allmählichen Wiederanstieg des Rohstoffverbrauchs führen. Außerdem dürften die Verarbeiter ihre Rohstoffvorräte wieder aufstocken. Der Zunahme der Rohstoffnachfrage wird ein recht elastisches Angebot gegenüberstehen. Die Produzenten werden bestrebt sein, ihre großen Vorräte abzubauen und stillgelegte Produktionsanlagen möglichst bald wieder in Betrieb zu nehmen. Die Rohstoffpreise werden deshalb in den kommenden Monaten nicht allzu stark steigen. Die Verteuerung des Rohöls dürfte angesichts des noch anhaltenden Angebotsdrucks merklich hinter der von der OPEC beschlossenen Preisanhebung zurückbleiben.

Auf den internationalen Nahrungsmittelmärkten ist der Preisanstieg, den die umfangreichen Getreidekäufe der Sowjetunion auslösten, inzwischen zum Stillstand gekommen. In den nächsten Monaten ist mit einem wahrscheinlich etwa gleichbleibenden Preisniveau zu rechnen. Bei pflanzlichen Erzeugnissen wird das wesentlich vergrößerte Angebot ausreichen, um die erhöhte Nachfrage zu decken und eine begrenzte Zunahme der Vorräte zu ermöglichen. Die internationalen Märkte für tierische Erzeugnisse dürften vorerst weiterhin durch die zunehmende Lieferfähigkeit der Angebotsländer und eine zurückhaltende Entwicklung der Nachfrage gekennzeichnet sein.

Ausblick: Aufschwung im Jahre 1976

Im Winterhalbjahr 1975/76 dürfte sich die Nachfragebelebung in immer mehr Ländern durchsetzen. Die Produktion wird auch in Westeuropa wieder zunehmen; in den USA und in Japan wird sie verstärkt expandieren. Im Verlauf des nächsten Jahres dürfte es nach und nach zu einem Aufschwung im Sinne einer steigenden Potentialauslastung kommen, zuletzt wohl in Italien und Großbritannien. Dabei wird die hohe Arbeitslosigkeit aber nur langsam zurückgehen.

Ausschlaggebend für die Überwindung der Rezession sind die in den letzten Monaten in fast allen Ländern forcierten Ankurbelungsbemühungen. Sie haben nicht zuletzt deshalb bessere Erfolgsaussichten als die vorausgegangenen Expansionsmaßnahmen, weil der Lagerabbau inzwischen recht weit fortgeschritten ist. In Westeuropa wird die Entwicklung außerdem dadurch begünstigt, daß die USA in der konjunkturellen Erholung vorangehen.

Allerdings ist eine Prognose darüber, wie sehr die Konjunkturbelebung an Intensität gewinnen wird, diesmal mit besonders großen Risiken behaftet: Einerseits könnten die synchronen Ankurbelungsmaßnahmen zu einer ausgeprägten gegenseitigen Verstärkung der Auftriebskräfte führen. Andererseits wirken einer kräftigen Erholung der Investitionsnei-

gung die in den meisten Ländern ungewöhnlich niedrige Kapazitätsauslastung sowie größere Unsicherheiten über den Strukturwandel entgegen. Ferner ist noch recht ungewiß, in welchem Maße die Investitionsneigung durch mäßigere Lohnabschlüsse und sich damit bessernde Gewinnaussichten der Unternehmen gefördert wird. Auch dürften in wichtigen Ländern die Ankündigungen der geldpolitischen Instanzen, aus stabilitätspolitischen Erwägungen nur eine begrenzte Ausweitung des monetären Rahmens zuzulassen, die Erwartung auf eine nachhaltige Expansion angesichts der noch relativ starken Preisauftriebskräfte dämpfen. Ähnlich könnte wirken, daß die Regierungen vieler Länder in einer noch labilen Konjunkturlage die Absicht zu erkennen geben, das überaus hohe Staatsdefizit möglichst bald mit einnahme- und ausgabepolitischen Maßnahmen abzubauen.

Der Preisauftrieb dürfte sich in vielen Industrieländern im Verlauf des kommenden Jahres nicht mehr nennenswert abschwächen. An sich sind die zu erwartende Produktivitätszunahme und die aufgrund der Arbeitsmarktlage weiterhin geschwächte Verhandlungsposition der Arbeitnehmer günstige Voraussetzungen für eine weitere Preisberuhigung. Dem stehen aber die Bemühungen der Unternehmen um eine erhebliche Verbesserung ihrer stark geschrumpften Gewinne und die Bestrebungen der Gewerkschaften entgegen, die vielfach auch von ihnen im Interesse eines Investitions- und Beschäftigungsanstiegs akzeptierte Korrektur der Verteilungsrelationen zugunsten der Unternehmen in engen Grenzen zu halten. In die gleiche Richtung wirken die Erhöhung der Preise eingeführter Rohstoffe und die Anhebung indirekter Steuern.

Im Interesse einer Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung wäre es verfehlt, wenn die geldpolitischen Instanzen zum Abbau der Unterbeschäftigung mit der Tolerierung einer höheren Preissteigerungsrate beizutragen suchten. Vielmehr erscheint es zweckmäßig, daß die Notenbanken — wie 1975 bereits in den USA, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz — frühzeitig bekanntgeben, welche monetäre Expansion sie im Hinblick auf das stabilitätspolitische Ziel ansteuern. Auf diese Weise kann der Gefahr entgegengewirkt werden, daß Preiserwartungen aufkommen, die nicht mit den Zielvorstellungen der wirtschaftspolitischen Instanzen übereinstimmen und sich später nur auf Kosten der Beschäftigung korrigieren lassen.

Unter all diesen Umständen ist eine Quantifizierung der künftigen Entwicklung von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern außerordentlich schwierig. Hier wird angenommen, daß der Aufschwung im Zusammenwirken von Wirtschaftspolitik

und endogenen Faktoren letztlich nach zyklischem Muster abläuft, wenngleich sich die expansiven Kräfte langsamer entfalten werden als früher in ähnlichen Konjunkturphasen. Auf dieser Basis wird für 1976 im Durchschnitt der Industrieländer ein Anstieg des realen Sozialprodukts von schätzungsweise 4,5 vH erwartet, nach einem Rückgang von etwa 2,5 vH im Jahre 1975.

Im Zuge des Konjunkturaufschwungs werden sich die Leistungsbilanzen der Industrieländer wieder passivieren; die bisherige Verbesserung ist nämlich in erheblichem Maße rezessionsbedingt. Auch die Terms of Trade werden sich, unter anderem als Folge erhöhter Ölpreise, wohl wieder zu Lasten der Industrieländer verändern. Bei einer Wiederannäherung an die Normalauslastung des Produktionspoten-

tials würden sicherlich hohe Defizite gegenüber den OPEC-Ländern und beachtliche — wenn auch gegenüber früheren Perioden reduzierte — Ungleichgewichte zwischen den Industrieländern sichtbar werden, die zu weiteren Verschiebungen der Wechselkursrelationen führen können.

Vor dem Hintergrund solcher Leistungsbilanztendenzen und der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit ist nicht auszuschließen, daß sich die Bestrebungen verstärken, aus beschäftigungspolitischen Gründen auf protektionistische Maßnahmen zurückzugreifen. Sollten sich diese durchsetzen, so würde damit eine gefährliche Entwicklung eingeleitet. Denn die Neigung der selbst von Unterbeschäftigung betroffenen Handelspartner zu Vergeltungsmaßnahmen dürfte recht groß sein.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland wurde um die Jahresmitte die konjunkturelle Talsohle erreicht. Rückblickend zeigt sich, daß die Rezession bedeutend schärfer war, als im Frühjahr erkannt wurde. Den Ausschlag für die Stärke des Abschwungs hatte der dramatische Rückgang der Auslandsnachfrage im Winterhalbjahr 1974/75 gegeben, der Produktion und Beschäftigung nicht nur unmittelbar, sondern über die nochmalige Verminderung der Investitionsneigung auch mittelbar nach unten zog. Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte wurden dadurch ebenso beeinträchtigt wie die Einnahmen und damit auch der Ausgabenpielraum des Staates. Das reale Sozialprodukt ist stark gesunken; es war im ersten Halbjahr 1975 um 5 vH niedriger als vor einem Jahr.

Rückgang der Auslandsnachfrage beendet

In den letzten Monaten ist die Schrumpfung der Auslandsnachfrage, die vor allem von den Industrieländern ausgegangen war, von einer leichten Aufwärtstendenz abgelöst worden. Hierzu haben sicherlich die in zahlreichen Ländern eingeleiteten Konjunkturprogramme beigetragen; zugleich scheint der Lagerabbau, der den Konjunkturabschwung verstärkt hatte, abgeschlossen zu sein.

Die Warenausfuhr in die westlichen Industrieländer hat sich seit dem Frühjahr stabilisiert. Die Ausfuhr in die ölexportierenden Länder nahm unvermindert rasch zu, die Ausfuhr in die Entwicklungsländer dagegen weiter ab, da es diesen offenbar an Devisen mangelte.

Auftragsschub durch Investitionszulage

Nachdem die Unternehmen zunächst nur zögernd auf die Investitionszulage reagiert hatten, bestellten sie kurz vor Ablauf der Begünstigungsfrist in erheblichem Umfange Investitionsgüter. Die Aufträge im Maschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie und im Fahrzeugbau schnellten daher im Juni in die Höhe. Ein Teil davon wurde offenbar so spät erteilt, daß er erst im Juli statistisch erfaßt werden konnte. Im August fielen die Bestellungen zwar wieder, doch entstand bisher kein „Nachfrageloch“, sei es, weil der Nachfrageschub nach Investitionsgütern zu Folgeaufträgen führte, sei es, weil zunächst unter Vorbehalt erteilte Aufträge nachträglich als „fest“ bestätigt und erst dann statistisch erfaßt wurden.

Allem Anschein nach hat die Erhöhung der Auftragsbestände die Produktion schon günstig beeinflußt. Die realen Ausrüstungsinvestitionen sind, allerdings unter Einschluß von Einfuhren, im dritten Vierteljahr bereits leicht gestiegen.

Die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten hat sich unmittelbar vor Ablauf der Begünstigungsfrist ebenfalls belebt. Die Baugenehmigungen waren in den Sommermonaten dem Volumen nach um rund 12 vH höher als im ersten Vierteljahr. Dieser Zunahme stand jedoch ein weiterer Rückgang der Genehmigungen von Wohnbauten gegenüber, auch bedingt durch die hohen Wohnungshalden. Selbst im öffentlichen Bau war die Nachfrage rückläufig; die niedrigen Steuereinnahmen veranlaßten vor allem die Länder und Gemeinden zur Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe.

Die realen Bauinvestitionen insgesamt sind dabei im Sommerhalbjahr erneut zurückgegangen, wenn auch zuletzt verlangsamt.

Öffentliche Haushalte weniger expansiv

Nachdem der Kurs der Finanzpolitik zu Beginn des Jahres eindeutig auf Expansion gerichtet war, erlahmte bei Ländern und Gemeinden unter dem Eindruck der nur schwach fließenden Steuereinnahmen die Bereitschaft, eine konsequent antizyklische Finanzpolitik durchzuhalten. Zwar sind die öffentlichen Ausgaben weiter rasch gestiegen, doch erklärt sich der hohe Anstieg vorwiegend mit den Zahlungen von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld sowie von Renten und Pensionen. Die Ausgaben für Investitionen nahmen dagegen nur noch wenig zu. Im Finanzierungsdefizit des Staates von vermutlich über 70 Mrd. DM in diesem Jahr spiegelt sich also nur zum kleineren Teil aktives Gegensteuern wider, zum größeren Teil ist das Defizit die Folge der konjunkturbedingt schwachen Einnahmen bei konjunkturbedingt verstärktem oder gesetzlich festgelegtem Anstieg der Ausgaben. Davon wurden sowohl die Gebietskörperschaften als auch die Sozialversicherung getroffen. Bei den Gebietskörperschaften wird sich das Finanzierungsdefizit von 16 Mrd. DM im Jahre 1974 auf schätzungsweise 66 Mrd. DM im Jahre 1975 erhöhen, bei der Sozialversicherung wird der Finanzierungsüberschuß von 4 Mrd. DM einem Defizit von etwa 5 Mrd. DM weichen.

Bundesbank um Zinssenkung bemüht

Die Bundesbank setzte ihren expansiven Kurs fort. Sie senkte mehrmals den Diskontsatz und stellte den Kreditinstituten in beträchtlichem Umfang Zentralbankgeld zur Verfügung. Die Geldmenge (M_1) stieg weiterhin kräftig; auf den Geldmärkten und auf dem Rentenmarkt — hier freilich nur bis zur Jahresmitte — hielt der Zinsrückgang an. Auf den internationalen Finanzmärkten setzten sich dagegen im Sommer Zinssteigerungen durch; das Zinsgefälle zum Ausland vergrößerte sich mit der Folge, daß der Netto-Kapitalexport den verringerten Leistungsbilanzüberschuß übertraf und der Wechselkurs der D-Mark sank. Um eine stärkere Abwertung zu vermeiden, verkaufte die Bundesbank Devisen und schöpfte damit einen beträchtlichen Teil des von ihr — auch durch Interventionen auf dem Rentenmarkt — geschaffenen Zentralbankgeldes wieder ab.

Die Expansion der Zentralbankgeldmenge blieb etwas hinter der von der Bundesbank für 1975 angekündigten Rate von 8 vH zurück, die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute nahmen aber weiter kräftig zu, nicht zuletzt deshalb, weil die Bundesbank Anfang Oktober die Rediskontkontingente nochmals

erhöhte. Trotz der Verbilligung des Kreditangebots blieb die Verschuldungsbereitschaft der privaten Wirtschaft gering. Die Unternehmen nutzten den niedrigeren Kapitalmarktzins vorwiegend zur Konsolidierung. Dagegen verschuldete sich der Staat in erheblichem Umfang.

Je deutlicher es wurde, daß der Kreditbedarf des Staates auch im kommenden Jahr außerordentlich hoch sein werde, desto stärker wuchs die Sorge, der Staat werde entweder den Rentenmarkt überfordern oder sein Defizit aus inflatorischer — und damit letztlich ebenfalls zinstreibender — Geldschöpfung finanzieren. Die Kapitalanleger hielten sich daher in der Erwartung höherer Zinsen zurück, und der Kapitalmarkt versteifte sich. Der dadurch ausgelöste Zinsauftrieb drohte die ohnehin noch schwache Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen zu beeinträchtigen. Da die Bundesbank dies verhindern wollte, intervenierte sie massiv auf dem Rentenmarkt.

Belebung des privaten Verbrauchs blieb aus

Der private Verbrauch hat die erhoffte Rolle des Schrittmachers für den Aufschwung nicht übernommen. Zwar erhielten die privaten Haushalte aufgrund der Steuer- und Kindergeldreform erhebliche Mehreinnahmen; auch wurden die Renten aus der Sozialversicherung um rund 11 vH angehoben. Die Brutto-lohn- und -gehaltssumme stieg jedoch nur noch wenig, weil den Erhöhungen der Lohnsätze ein anhaltender Rückgang der Beschäftigung gegenüberstand. Dadurch wurde auch die Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte merklich gedämpft. Da zudem die privaten Haushalte fast ein Drittel des zusätzlichen Einkommens sparten, nahmen die privaten Verbrauchsausgaben nur relativ wenig zu.

Sozialprodukt zuletzt nicht mehr geschrumpft

Bis zur Jahresmitte ist das reale Sozialprodukt wegen des kräftigen Produktionsrückgangs in Industrie und Bauwirtschaft noch gesunken. Die Auslastung des Produktionspotentials nahm weiter ab; sie war niedriger als in der Rezession von 1966/67. Eine nennenswerte Ausnahme bildet der Fahrzeugbau, der seine Produktion schon seit Jahresbeginn kräftig erhöhen konnte, was auf die Zulieferer ausstrahlte.

Nach der Jahresmitte scheint sich der Rückgang des Sozialprodukts, vor allem unter dem Einfluß des Auftragsschubes bei den Investitionsgüterindustrien, nicht mehr fortgesetzt zu haben. Dabei wirkte sich auch aus, daß in zahlreichen Branchen die Lager so weit verringert worden sind, daß ein größerer Teil

der Nachfrage aus der laufenden Produktion gedeckt werden mußte.

Anhaltender Rückgang der Beschäftigung

Trotz der Stabilisierung der Produktion sank die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nahezu unvermindert; im dritten Vierteljahr war sie schätzungsweise um 2 vH geringer als im ersten. Ausschlaggebend war der anhaltend starke Personalabbau in der Industrie und im Baugewerbe. Im öffentlichen Bereich unterblieb angesichts der wachsenden Defizite die früher übliche Ausweitung des Personalbestandes. Besonders einschneidend wirkte sich der Rückgang der Beschäftigung auf die ausländischen Arbeitskräfte aus. Die Zahl der beschäftigten Ausländer ging binnen Jahresfrist um mehr als 300 000 zurück; sie beträgt gegenwärtig etwa 2 Millionen, nach 2,6 Millionen im Herbst 1973, dem bisher höchsten Stand.

Die Zahl der Arbeitslosen blieb auch in den Sommermonaten über der Millionengrenze. Saisonbereinigt hat sich der Anstieg jedoch abgeschwächt, nicht zuletzt weil immer mehr ausländische Arbeitslose in ihre Heimatländer zurückkehrten. Der Umfang der Kurzarbeit scheint sich allmählich zu verringern.

Kein Rückgang der Einfuhr

Die Wareneinfuhr, die zuvor trotz des starken Konjunkturreinbruchs in der Bundesrepublik nur vergleichsweise wenig zurückgegangen war, nahm seit dem Frühjahr nicht mehr ab. Bei Fertigwarenerzeugnissen, sowohl bei Verbrauchs- als auch bei Investitionsgütern, erhöhte sich die Einfuhr nach wie vor. Zum Gewinn von Marktanteilen der ausländischen Anbieter haben offenbar die Wechselkursänderungen der letzten Jahre beigetragen. Die Einfuhr von industriellen Vorprodukten wies dagegen noch eine leicht sinkende Tendenz auf. Der Außenbeitrag verminderte sich preis- und saisonbereinigt nur noch wenig. Mit der Verschlechterung der Terms of Trade nach der Jahresmitte ging der Außenbeitrag in nominaler Rechnung verstärkt zurück.

Fortschritte bei der Preisstabilisierung

Der Preisauftrieb hat sich weiter vermindert. Besonders ausgeprägt war die Abflachung der Preissteigerungen in den Bereichen Industrie und Bauwirtschaft. Ausschlaggebend hierfür war der zunehmende Angebotsdruck; allerdings spielte auch eine Verlangsamung des Anstiegs der Lohnstückkosten eine Rolle. Hinzu kamen die bis weit in das Jahr hinein anhaltenden Preisrückgänge auf den Weltrohstoffmärkten.

Bei Gütern industrieller Herkunft hat sich die

Preisberuhigung auch auf der Verbraucherstufe ausgewirkt. Im Preisindex für die Lebenshaltung wurde sie allerdings durch kräftige Verteuerungen von Dienstleistungen und Reparaturen sowie von Nahrungsmitteln teilweise kompensiert; seit der Jahresmitte erhöhten sich auch die Preise für Heizöl erheblich.

Ausblick

Die Prognose der weiteren Wirtschaftsentwicklung ist gegenwärtig nicht mehr mit dem gleichen hohen Grad an Unsicherheit behaftet wie im vergangenen Frühjahr. Inzwischen ist nämlich weitgehend sicher, daß die Nachfrage aus dem Ausland ihren Tiefpunkt überschritten hat.

Angesichts der von den konjunkturpolitischen Instanzen gegebenen Impulse und dieser günstigeren außenwirtschaftlichen Bedingungen ist eine baldige Aufwärtsbewegung auch in der Bundesrepublik wahrscheinlich. Zwar muß dabei offenbleiben, ob der zu erwartende Produktionsanstieg in einen nachhaltigen Konjunkturaufschwung einmündet. Die Tatsache, daß in den USA die Konjunkturpolitik einen Aufschwung in Gang gebracht hat, kann aber auf jeden Fall als Indiz dafür gewertet werden, daß expansive Maßnahmen auch unter den heutigen Bedingungen noch greifen.

Ohne nachhaltige Kräftigung der Investitionsneigung wird es einen solchen Aufschwung kaum geben können. Die ausreichende Erhöhung der Investitionsneigung hängt – in Anbetracht außerordentlich gedrückter Gewinne – vor allem von einer deutlichen Verbesserung der Gewinnerwartungen ab. Zwar hat die Entwicklung des Auftragseingangs bei der Industrie die Absatzerwartungen etwas verbessert, doch reicht dies allein nicht aus, um die Gewinnerwartungen und damit die Investitionsneigung anhaltend zu erhöhen.

Eine solche Verbesserung des Investitionsklimas hängt in erster Linie von der Lohnentwicklung ab. Es besteht Aussicht, daß die Lohnpolitik dem Erfordernis einer Verbesserung des Investitionsklimas weitgehend Rechnung trägt, nachdem dies schon zu Beginn des Jahres 1975 versucht worden, aber wegen der unerwartet ungünstigen Entwicklung der Nachfrage, Produktion und Produktivität nicht gelungen war.

Die Prognose beruht auf folgenden Voraussetzungen:

- Die Finanzpolitik entspricht den gegenwärtig bekannten Plänen.
- Die Geldpolitik behält ihren bisherigen Kurs bei.
- Der Wechselkurs der D-Mark gegenüber der gesamten Welt ändert sich im Durchschnitt des Jahres nur geringfügig.

Erholung der internationalen Konjunktur schafft Voraussetzung für Exportanstieg

Die zuletzt leicht aufwärts tendierende Auslandsnachfrage nach deutschen Waren läßt erwarten, daß die Ausfuhr in den kommenden Monaten wieder steigt. Auch wenn sich die konjunkturelle Erholung in den westlichen Industrieländern nur zögernd durchsetzen wird, gehen von der zu erwartenden weltweiten Umkehr des Lagerzyklus wohl schon bald verstärkt expansive Impulse auf den Export aus. Im Laufe des nächsten Jahres wird sich die deutsche Ausfuhr zumindest im gleichen Tempo wie der Welthandel erhöhen. Hierfür spricht vor allem die Struktur des deutschen Warenangebots. Gemessen an der Entwicklung in früheren Aufschwungsjahren wird der Anstieg des Exports aber nur mäßig sein, da die konjunkturelle Erholung — wie im internationalen Teil dieser Diagnose ausgeführt — in den meisten Ländern verhältnismäßig langsam vorankommen wird. Auch unter Berücksichtigung solcher Abstriche kann mit einer Steigerung der realen Ausfuhr im nächsten Jahr in der Größenordnung von 7 vH gerechnet werden.

Verhaltene Belegung der Investitionsneigung

Die ausgeprägte Inanspruchnahme der Investitionszulage und der bisher nur geringe Rückgang der Bestellungen nach der Auftragsspitze zur Jahresmitte deuten auf ein wieder freundlicheres Investitionsklima hin. Um schon 1976 in den Genuß der Investitionszulage zu kommen, werden viele Firmen auf die Auslieferung der bestellten Investitionsgüter noch bis Ende 1975 drängen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden deshalb vermutlich in den letzten Monaten des Jahres deutlich steigen.

Soweit Investitionsplanungen für das Jahr 1976 bekannt sind, scheinen sie allerdings noch von starker Zurückhaltung geprägt zu sein. Sie entspricht der niedrigen Kapazitätsauslastung und der Unsicherheit der Investoren über die künftige Nachfrage- und Gewinnentwicklung. Doch lassen die gegenwärtigen Planungen noch keine zuverlässige Einschätzung der tatsächlichen Investitionen im Jahre 1976 zu: Wie immer in einer Phase der konjunkturellen Erholung dürften auch im nächsten Jahr Planrevisionen nach oben vorgenommen werden. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß die Unternehmen nicht zu befürchten brauchen, die für 1976 erwartete Verbesserung ihrer Gewinnsituation sei nur vorübergehend. Jedenfalls ist im Jahresdurchschnitt 1976 erst ein bescheidener Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten.

Anders als bei den Ausrüstungsinvestitionen ist bei den Lagerinvestitionen wegen des umfangreichen Abbaus von Vorräten, der in der Rezession statt-

gefunden hat, ein kräftiger Anstieg wahrscheinlich. Er wird, wie stets bei einer Konjunkturbelegung, einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Produktion leisten.

Rückgang der Bauinvestitionen kommt zum Stillstand

Da die Bundesregierung mit ihrem Konjunkturprogramm vom August 1975 vorwiegend Bauvorhaben fördert, ist ein Auffangen des Rückgangs der Baunachfrage wohl sichergestellt. Es ist allerdings anzunehmen, daß das Programm nicht in vollem Umfang zu zusätzlicher Nachfrage führt. Das gilt nicht nur für denjenigen Teil, mit dem private Bauvorhaben gefördert werden. Länder und Gemeinden dürften ebenfalls einen Teil der ohnehin geplanten Projekte mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm finanzieren. Die Bauinvestitionen des Staates werden deshalb im nächsten Jahr trotz der hierfür im Konjunkturprogramm vorgesehenen Mittel (etwa 3,5 Mrd. DM) dem Volumen nach nur wenig zunehmen, nach einem Rückgang von rund 3 vH im Jahre 1975.

Hatte die Investitionszulage — soweit bisher ersichtlich — die Nachfrage nach Wohnbauten kaum stimuliert, so scheinen die Förderung der Altbaumodernisierung und die Zinsverbilligung für Zwischenkredite an Bausparer nennenswerte Anreize zu geben. Dennoch wird die Wohnbautätigkeit zunächst noch weiter sinken, wenn auch bei weitem nicht so stark wie bisher. Für den weiteren Verlauf im Jahre 1976 wird eine leichte konjunkturelle Zunahme erwartet. Allerdings ergibt sich wegen des Ende 1975 niedrigen Niveaus (negativer Überhang) im Durchschnitt des Jahres 1976 noch ein Rückgang der Wohnbauinvestitionen.

Beim Wirtschaftsbau ist angesichts des Nachfragestoßes in Verbindung mit der Investitionszulage am frühesten mit einem Wiederanstieg zu rechnen. Auch wenn wegen des niedrigen Auslastungsgrades der Kapazitäten die Neigung zu Erweiterungsinvestitionen zunächst noch gering sein dürfte, ist wegen des Zwangs, die zulagebegünstigten Bauten fristgerecht zu erstellen, mit einer Verstärkung der Investitionstätigkeit im Laufe des nächsten Jahres zu rechnen.

Insgesamt wird die Produktion des Baugewerbes trotz einer leichten Belegung im Jahresverlauf nur das Ergebnis von 1975 erreichen.

Nur leichte Zunahme des privaten Verbrauchs

Die Sparneigung der privaten Haushalte scheint zwar in jüngster Zeit etwas nachgelassen zu haben, es ist jedoch noch offen, ob dies schon eine dauerhafte Tendenz darstellt oder lediglich mit den in diesem Sommer kräftig gestiegenen Ausgaben für Urlaubsreisen zusammenhängt. Da die Expansion

der Einkommen der privaten Haushalte bei weiter abnehmendem Arbeitsvolumen zunächst anhaltend schwach sein wird, dürfte der private Verbrauch selbst unter der Annahme einer leicht sinkenden Sparquote in den letzten Monaten dieses Jahres nur wenig steigen.

Kommt es 1976 zu den für das Wachstum der Investitionen als notwendig erachteten niedrigen Lohnabschlüssen, so wird das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der ersten Jahreshälfte auch deshalb nur schwach zunehmen, weil die Belastung mit Beiträgen zur Sozialversicherung kräftig steigt. Da die Einkommensübertragungen 1976 zum Teil nicht (Kindergeld) oder weniger als im Vorjahr (Beamtenpensionen) erhöht werden, wird auch das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte weiterhin wenig steigen¹. Mit größer werdendem Arbeitsvolumen und bei eher weiter sinkender Sparquote dürfte sich jedoch im späteren Verlauf des Jahres die Expansion des privaten Verbrauchs verstärken.

Baldige Produktionsbelebung

Nachdem die Ausfuhr und die Ausrüstungsinvestitionen die gesamtwirtschaftliche Produktion — im saisonbereinigten Verlauf — schon um die Jahresmitte 1975 nicht mehr nach unten gezogen hatten, läßt die skizzierte Entwicklung der Nachfrage erwarten, daß die Produktion in absehbarer Zeit wieder zu steigen beginnt. Ob es dazu noch in diesem Jahr kommt, läßt sich nicht mit hinreichender Sicherheit vorhersagen; aber auch bei der von uns angenommenen Zunahme der Produktion in den letzten Monaten des Jahres wird das reale Sozialprodukt 1975 um rund 4 vH unter dem Niveau von 1974 liegen.

Eine quantitative Prognose für die Zunahme des Sozialprodukts im Jahre 1976 ist nicht nur wegen der Unsicherheit über den Zeitpunkt des Umschwungs, sondern auch wegen der nur grob zu bestimmenden Intensität der Aufschwungkkräfte schwierig. Schon verhältnismäßig kleine Unterschiede in Zeitpunkt und Intensität der Belebung verursachen nicht unerhebliche Unterschiede in der Jahreszuwachsrate. Die in der Übersicht ausgewiesene Rate für den Zuwachs des realen Sozialprodukts von 4 vH muß unter diesen Umständen als grobe Größenordnung verstanden werden. Ihr liegt die Vorstellung zugrunde, daß sich der Produktionsanstieg im Laufe des nächsten Jahres nur allmählich beschleunigt.

Für die Steigerung der Produktion und die Wiederauffüllung der Lager werden die Unternehmen künftig beschleunigt Güter importieren. Die Erfahrung spricht dafür, daß in dieser Phase die Importe deutlich stärker steigen als das reale Sozialprodukt. Bei der prognostizierten Annahme der Ausfuhren wird

sich dann der reale Außenbeitrag im nächsten Jahr nicht nennenswert verändern.

Besserung auf dem Arbeitsmarkt kaum vor dem Sommer

Da nach der Tendenzwende bei der Produktion zuerst mit einer Normalisierung der Arbeitszeit und der Ausschöpfung von Produktivitätsreserven zu rechnen ist, wird die Beschäftigtenzahl erst im Verlauf der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zunehmen. In den kommenden Monaten dürfte die Beschäftigung sogar noch zurückgehen. Allerdings wird die Zahl der Arbeitslosen deutlich weniger steigen, als die Zahl der Beschäftigten abnimmt, vor allem weil viele arbeitslose Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehren. Außerdem wird sich ein Teil jener Arbeitslosen, die auf längere Sicht keine Chancen einer Wiedereinstellung sehen (Arbeitnehmer, die bereits Anspruch auf Rente geltend machen können; Zweitverdiener, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden), wahrscheinlich nicht mehr als arbeitslos melden. Obwohl sich die Arbeitslosigkeit im späteren Verlauf des nächsten Jahres deutlich verringern dürfte, wird die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1976 etwa ebenso groß sein wie 1975.

Trotz Nachfragebelebung geringere Preissteigerung

Die Beruhigung des Preisauftriebs wird in den kommenden Monaten insgesamt anhalten. Entgegen einer verbreiteten Befürchtung ist auch kaum damit zu rechnen, daß dem 1976 erwarteten konjunkturellen Wandel frühzeitig eine Tendenzwende in der Preisentwicklung folgt, denn der Angebotsdruck wird das ganze Jahr über noch groß sein. Sicher werden die Unternehmen versuchen, eine rasche Steigerung der Erträge zu erzielen. Dies ist ihnen aber bei den maßvollen Tariflohnabschlüssen und den höheren Produktivitätssteigerungen, wie sie zu erwarten sind, auch bei insgesamt geringeren Preisanhebungen als in diesem Jahr möglich.

Bei den Verbraucherpreisen dürfte die Beruhigung vorübergehend unterbrochen werden: Administrative Verteuerungen von Nahrungsmitteln sowie Gebührenerhöhungen bei öffentlichen Dienstleistungen spielen hierbei die größte Rolle. Am Jahresende 1975 wird die Verteuerung der Lebenshaltung im Vorjahrsvergleich eher über als unter 6 vH liegen.

¹ Der im Tabellenanhang beim Vorjahrsvergleich erkennbare starke Anstieg der Abgabenbelastung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit im ersten Halbjahr 1976 ist statistisch überhöht. Die durch die Steuerreform eingeführte Ermäßigung der laufenden Steuerbelastung durch die Vorsorgepauschale schlägt sich nämlich in einer erheblichen Verringerung der im Frühjahr 1976 im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs fälligen Rückzahlungen nieder.

Wegen der verhältnismäßig kräftigen Steigerung in den letzten Monaten dieses Jahres wird der „Überhang“ am Jahresende mit rund 3 vH recht hoch sein. Dies bedeutet, daß selbst bei der hier unterstellten merklichen Abschwächung des laufenden Preisanstiegs im Jahresdurchschnitt 1976 eine Steigerungsrate der Verbraucherpreise von etwa 5,5 vH kaum unterschritten werden dürfte.

Konjunkturpolitische Überlegungen

In einer Konjunkturphase, in der wichtige hemmende Einflüsse, wie der Rückgang der Auslandsnachfrage und der Lagerabbau, entfallen sind, die expansiven Kräfte aber noch nicht die Oberhand gewonnen haben, kommt es darauf an, einen wirtschaftspolitischen Kurs zu verfolgen, der vorrangig die Nachfrage und damit die Beschäftigung stützt, gleichzeitig aber deutlich macht, wie die Lösung des Inflationsproblems vorangetrieben und die Verminderung des strukturellen Haushaltsdefizits in die Wege geleitet werden soll. Das Gesamtziel läßt sich nur dann erreichen, wenn Finanzpolitik, Geldpolitik und Lohnpolitik aufeinander abgestimmt handeln.

Mit den bisherigen Entscheidungen in der Finanzpolitik sind der konjunkturellen Entwicklung für 1976 einerseits Impulse gegeben worden, vor allem durch die Investitionszulage und das Konjunkturprogramm vom August. Andererseits hat die Regierung erste Schritte zur restriktiv wirkenden Haushaltssanierung eingeleitet. Die expansiven Einflüsse konzentrieren sich stark auf das erste Halbjahr, während die restriktiven Einwirkungen danach an Bedeutung gewinnen. Insgesamt werden die stimulierenden Wirkungen im Jahre 1976 größer sein als die restriktiven. Der konjunkturanregende Einfluß der Finanzpolitik könnte jedoch schwinden, wenn der Abbau des Defizits forciert würde. Dies gälte um so stärker, je mehr dies durch die Kürzung investiver Ausgaben versucht würde. Eine deutliche Einschränkung des „strukturell“ bedingten Teils der Defizite ist 1976 noch nicht möglich, ohne daß gleichzeitig – wegen der restriktiven Wirkungen auf die Konjunktur und die Steuereinnahmen – die konjunkturell bedingten Defizite tendenziell steigen.

Vielerorts bestehen angesichts der Perspektive einer anhaltend hohen, im Jahre 1976 sogar noch steigenden Staatsverschuldung Zweifel, ob dieser staatliche Kreditbedarf nicht mit den Verschuldungswünschen der Unternehmen bei sich bessernder Investitionsneigung konkurriert und so eine Belebung der privaten Investitionen über steigende Zinsen von Anfang an unterbinde. Um eine solche Gefahr auszuschließen, müssen Geldpolitik und Lohnpolitik bestimmte Bedingungen erfüllen.

Der Geldpolitik kommt in diesem Zusammenhang

eine Leitfunktion zu. Sie soll den monetären Rahmen für einen Konjunkturaufschwung setzen, muß aber zugleich – angesichts der langen Wirkungsverzögerungen – ihre unveränderte Absicht dokumentieren, das Preisniveau zu stabilisieren. Am besten entspricht dieser Forderung ein Festhalten am potentialorientierten Kurs. Die Wirkung dieser Politik würde vergrößert, wenn die Bundesbank schon jetzt verlauten ließe, auch über das Jahr 1975 hinaus an einer bestimmten Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge festhalten zu wollen. Unter den gegenwärtigen Umständen dürfte es gerechtfertigt sein, an der bisherigen Rate festzuhalten, denn schon relativ geringe Korrekturen der monetären Zielgröße nach oben und unten könnten in der Öffentlichkeit als ein Kurswechsel in inflatorischer oder deflatorischer Richtung interpretiert werden und damit die Unsicherheit in der Wirtschaft vergrößern. Erst wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Laufe des nächsten Jahres anhaltend steigt, wäre es angezeigt, die monetäre Zielgröße etwas niedriger anzusetzen, um auf einen weiteren Rückgang des Preisanstiegs hinzuwirken.

Bei einer solchen Politik würde eine zinssteigernde Konkurrenz zwischen der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand auf den Kreditmärkten wenig wahrscheinlich, zumal die Unternehmen – auch dank der Zahlung der Investitionsprämie – in der Lage sein werden, ihre Investitionen zu einem sehr großen Teil mit eigenen Mitteln zu finanzieren. Überschlägige Rechnungen ergeben, daß bei der Investitions- und Kostenentwicklung im Unternehmensbereich, die der Prognose zugrunde gelegt wurde, sogar eine nochmalige Verminderung der Nettokreditaufnahme der Unternehmen möglich wäre. Bei nachlassendem Preisauftrieb und dem damit verbundenen Schwinden des Attentismus der Anleger könnte der Kapitalmarktzins 1976 sogar wieder sinken.

Die Lohnpolitik sollte im Jahre 1976 mehreren Faktoren Rechnung tragen. Im Jahre 1975 hat sich trotz der unerwartet schlechten wirtschaftlichen Entwicklung für jene Arbeitnehmer, die beschäftigt blieben, ein relativ hoher Reallohnanstieg ergeben. Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, daß die Zahl der Konkurse und die Zahl der Arbeitslosen zugenommen hat. Um diese Fehlentwicklung zu korrigieren und wieder für mehr Beschäftigung zu sorgen, sind maßvolle Lohnabschlüsse nötig. Ein Abschluß, bei dem die Nominallohne etwa so stark angehoben werden, wie die Preissteigerung auf der Verbraucherstufe für das nächste Jahr einzuschätzen ist, kann aus heutiger Sicht als vertretbar angesehen werden, würde er doch sowohl der notwendigen Steigerung der Gewinne als auch den Nachfrageerfordernissen Rechnung tragen. Die Lohnstück-

kosten würden weniger steigen als das Preisniveau; diese Konstellation, die eine Erhöhung der Gewinnspannen bedeutet, sollte von den Tarifpartnern bewußt akzeptiert werden. Auf der anderen Seite stützen solche Abschlüsse die reale Kaufkraft der privaten Haushalte, wie es erforderlich ist, um die Absatzerwartungen der Unternehmen nicht negativ zu beeinflussen. Mit einer aufgrund höherer Gewinne verstärkten Investitionstätigkeit würde darüber hinaus die Beschäftigung wieder zunehmen und so die Voraussetzungen für eine nachhaltige Belegung des privaten Verbrauchs im weiteren Jahresverlauf geschaffen werden.

1976 wird sich keines der in der Rezession entstandenen Probleme ganz lösen lassen. Mit der hier beschriebenen, aufeinander abgestimmten Finanz-, Geld- und Verteilungspolitik würde aber das Wachstum- und das Beschäftigungsproblem um einen deutlichen Schritt der Lösung nähergebracht, ohne die Bedingungen für eine weitere Eindämmung der Inflation zu verschlechtern.

* * *

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, vertritt zur Lohnentwicklung eine von den anderen Instituten abweichende Meinung:

Da eine Korrektur der in den letzten Jahren überzogenen Lohnerhöhungen sowohl im Hinblick

auf die hohe Zahl von Arbeitslosen als auch im Hinblick auf die noch hohen Inflationsraten notwendig erscheint und zudem die Nachhaltigkeit des Aufschwungs keineswegs gesichert ist, hält das Institut Lohnerhöhungen im Ausmaß der erwarteten Preissteigerungen für zu hoch, um

- die Gewinnerwartungen und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und damit den Aufschwung zu sichern und darüber hinaus
- der Stabilisierung des Preisniveaus einen deutlichen Schritt näherzukommen.

Dies nicht zuletzt deshalb, weil von derartigen Lohnerhöhungen mit ziemlicher Sicherheit erneut ein Kostenanstieg ausgehen wird, dem — anders als im Jahre 1975 — keine Entlastung von den Rohstoffpreisen und Kapitalkosten mehr gegenüberstehen dürfte.

Dem Argument, daß bei einem Zurückbleiben der Lohnerhöhungen hinter der erwarteten Preissteigerung Kaufkraft der Arbeitnehmer ausfiele, läßt sich entgegenhalten, daß bei niedrigeren Lohnerhöhungen die Arbeitslosigkeit vermutlich rascher abgebaut werden kann. Dies würde den Verbrauch in doppelter Hinsicht stützen: zum einen über die damit verbundene Erhöhung der Einkommenssumme, zum anderen über die dann wahrscheinliche Verringerung der hohen Sparquote.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzungen für die Jahre 1975 und 1976

	1974 ¹⁾	1975 ²⁾	1976 ²⁾	1975		1976	
	Jahre			1. Hj.1)	2. Hj.2)	1. Hj.2)	2. Hj.2)

1. Entstehung des Sozialprodukts, real Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	- 1,9	- 3,5	- 1,5	- 3,3	- 3,5	- 2,5	- 0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 1,1	- 2	1	- 2,5	- 1,5	0,5	1
Arbeitstage ³⁾	- 0,2	0	0,5	- 0,1	0	1	0,5
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	- 3,2	- 5	0	- 5,8	- 4,5	- 1	1,0
Produktivität ⁴⁾	3,9	1	3,5	0,8	1,5	3,5	3,5
Bruttoinlandsprodukt	0,6	- 4	4	- 5,0	- 3	2,5	5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	532,9	575	618	273,5	301,5	291,5	326,5
Staatsverbrauch	196,3	219,5	236,5	101,3	118	109,5	127
Anlageinvestitionen	223,9	212	222	100,7	111,5	103	119
Ausrüstungen	94,8	95,5	103	45,7	50	49,5	53,5
Bauten	129,1	116,5	119	54,9	61,5	53,5	65,5
Vorratsveränderung	+ 1,1	+ 2	+ 17	+ 6,3	- 4,5	+ 15	+ 2
Außenbeitrag	+ 39,8	+ 24	+ 24	+ 14,7	+ 9,5	+ 12,5	+ 11,5
Ausfuhr	298,9	293,5	328,5	143,3	150	157,5	171
Einfuhr	259,1	269,5	305	128,6	141	145	160
Bruttosozialprodukt	994,0	1 032,5	1 117,5	496,5	536	531,5	586

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,5	8	7,5	8,2	7,5	6,5	8,5
Staatsverbrauch	16,7	11,5	8	12,8	11	8	7,5
Anlageinvestitionen	- 2,1	- 5,5	4,5	- 6,1	- 4,5	2,5	6,5
Ausrüstungen	- 1,8	1	7,5	0,8	1,5	8,5	7
Bauten	- 2,3	- 10	2	- 11,2	- 9	- 3	6,5
Ausfuhr	31,4	- 2	12	0,1	- 3,5	10	14
Einfuhr	27,9	4	13	4,1	4	13	13,5
Bruttosozialprodukt	7,2	4	8	4,1	3,5	7	9,5

In Preisen von 1962 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	337,8	343,5	350,5	165,4	178	166,5	184
Staatsverbrauch	83,9	86	87,5	41,2	45	42	45,5
Anlageinvestitionen	139,1	127,5	130	61,1	66,5	61	68,5
Ausrüstungen	69,4	66	68	32,1	34	33,5	35
Bauten	69,8	61,5	61,5	29,1	32,5	28	34
Vorratsveränderung	+ 0,8	+ 1,5	+ 11,5	+ 4,3	- 3	+ 10	+ 1,5
Außenbeitrag	+ 33,5	+ 13	+ 13,5	+ 7,5	+ 5,5	+ 7,5	+ 6,5
Ausfuhr	224,4	204,5	219,5	100,6	103,5	106	113,5
Einfuhr	190,9	191,5	206	93,1	98,5	99	107
Bruttosozialprodukt	595,0	571	592,5	279,5	291,5	287	305,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	0,2	1,5	2	1,9	1,5	0,5	3,5
Staatsverbrauch	4,7	2,5	1,5	3,4	2	2	1
Anlageinvestitionen	- 8,1	- 8,5	2	- 9,6	- 7	0	3,5
Ausrüstungen	- 7,9	- 5	3	- 5,8	- 4	4	2,5
Bauten	- 8,3	- 11,5	0,5	- 13,5	- 10	- 4,5	4,5
Ausfuhr	13,3	- 9	7,5	- 10,8	- 7	5,5	9,5
Einfuhr	4,8	0,5	7,5	- 0,7	1,5	6	8,5
Bruttosozialprodukt	0,4	- 4	4	- 5,0	- 3	2,5	5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1974 ¹⁾	1975 ²⁾	1976 ²⁾	1975		1976	
	Jahre			1. Hj.1)	2. Hj.2)	1. Hj.2)	2. Hj.2)

3. Preisniveau der Verwendungseite des Sozialprodukts (1962 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,3	6	5,5	6,2	6	6	5
Staatsverbrauch	11,4	9	6	9,1	9	6	6,5
Anlageinvestitionen	6,6	3,5	3	3,9	2,5	2,5	3
Ausrüstungen	6,7	6,5	4	7,1	5,5	4,5	4
Bauten	6,6	2	2	2,7	1,5	1,5	2
Ausfuhr	16,0	8	4	12,2	4	4	4
Einfuhr	21,9	3,5	5,5	4,9	2,5	6	4,5
Bruttosozialprodukt	6,8	8	4,5	9,6	7	4,5	4

4. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	546,3	566,5	604	273,2	293,5	287,5	316,5
Bruttolohn- und -gehaltssumme	463,6	478	507	230,6	247,5	241,5	265,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	336,0	349	359,5	172,0	177	174	185,5
nachrichtlich:							
Nettolohn- und -gehaltssumme einschließlich Kindergeld an Arbeitnehmer	—	361	371	177,9	183	179,5	191,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	217,6	222,5	253	104,9	118	117,5	135,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁶⁾	166,3	175,5	202,5	82,3	93,5	93,5	109
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾	162,1	178	193	77,9	100,5	85	108
Nichtentnommene Gewinne	1,6	— 3	13,5	4,1	— 7	9,5	3,5
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	763,9	789,5	857	378,1	411,5	405	452
Abreibungen	115,8	126,5	137	61,9	64,5	67	70
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	114,4	116,5	123	56,6	60	59,5	64
Bruttosozialprodukt	994,0	1 032,5	1 117,5	496,5	536	531,5	586

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	9,6	3,5	6,5	4,6	3	5,5	8
Bruttolohn- und -gehaltssumme	9,4	3	6	4,0	2,5	4,5	7
Nettolohn- und -gehaltssumme	7,9	4	3	4,5	3,5	1	5
nachrichtlich:							
Nettolohn- und -gehaltssumme einschließlich Kindergeld an Arbeitnehmer	—	7,5	3	8	7	1	4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,1	2,5	13,5	1,1	3,5	12	15
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁶⁾	0,4	5,5	15,5	4,3	6,5	13,5	17
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾	4,1	10	8,5	16,9	5	9	8
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	7,0	3,5	8,5	3,6	3	7	10
Abreibungen	12,3	9	8,5	10,2	8	8,5	8,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	4,1	2	5,5	1,1	2,5	5	6,5
Bruttosozialprodukt	7,2	4	8	4,1	3,5	7	9,5

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	343,1	358,5	367,5	175,6	181	177,5	189,5
Öffentliche Einkommensübertragungen ⁸⁾	140,2	176	192	84,3	91,5	92,5	99,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	169,3	185,5	201	81,4	104	89	112
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden, nicht zurechenbare Übertragungen ⁹⁾	27,2	28	28,5	12,9	15	13	15,5
Verfügbares Einkommen	625,4	690	731,5	328,5	361,5	345,5	386
Privater Verbrauch	532,9	575	618	273,5	301,5	291,5	326,5
Laufende Ersparnis	92,5	115	113,5	54,9	60	54,5	59
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	14,8	16,5	15,5	16,7	16,5	15,5	15,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	7,9	4	3	4,5	3,5	1	5
Öffentliche Einkommensübertragungen ⁸⁾	15,1	25,5	9	25,9	25	9,5	8,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	4,7	9,5	8,5	16,2	5	9	7,5
Verfügbares Einkommen	8,4	10,5	6	12,2	8,5	5	6,5
Privater Verbrauch	7,5	8	7,5	8,2	7,5	6,5	8,5
Laufende Ersparnis	13,7	24,5	— 1,5	37,5	14,5	— 1	— 1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1974 ¹⁾	1975 ²⁾	1976 ²⁾	1975		1976	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾
6. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁰⁾							
a) in Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern ¹¹⁾	247,2	241,5	262	112,2	129,5	122	140
Sozialversicherungsbeiträge	142,1	153,5	170,5	74,3	79,5	81,5	89
Erwerbseinkünfte	14,1	14,5	15,5	6,9	8	7	8
Sonstige laufende Übertragungen	9,8	10,5	11,5	5,1	5,5	5,5	6
Empfangene Vermögensübertragungen	4,7	5	5	2,6	2,5	2,5	2,5
Einnahmen insgesamt	417,8	425,5	464	201,0	224,5	218,5	245,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	196,3	219,5	236,5	101,3	118	109,5	127
Zinsen	11,6	14,5	19	6,6	8	8,5	10,5
Laufende Übertragungen an	166,1	204,5	222,5	97,7	107	107	115,5
Private Haushalte ⁸⁾	142,0	177	193,5	84,9	92	93	100,5
Unternehmen	13,8	15	16	7,0	8	7,5	8,5
Ausland	10,3	12,5	13,5	6,0	6,5	6,5	7
Geleistete Vermögensübertragungen ¹²⁾	22,4	24,5	29,5	9,8	14,5	12	17,5
Nettoinvestitionen	33,1	33,5	35	14,8	19	15,5	19,5
Ausgaben insgesamt	429,5	496,5	542,5	230,2	266	252	290,5
Finanzierungssaldo¹³⁾	- 11,7	- 71	- 78,5	- 29,2	- 41,5	- 33,5	- 44,5
b) Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern ¹¹⁾	6,9	- 2,5	8,5	- 2,3	- 2	8,5	8
Sozialversicherungsbeiträge	10,3	8	11	9,1	7	10	12,5
Erwerbseinkünfte	8,8	3,5	5	3,3	3,5	4	6
Sonstige laufende Übertragungen	12,8	8,5	6,5	9,2	8	6	7,5
Empfangene Vermögensübertragungen	8,1	11	- 6	19,9	3,5	- 7,5	- 4
Einnahmen insgesamt	8,3	2	9	2,3	1,5	8,5	9,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	16,7	11,5	8	12,8	11	8	7,5
Zinsen	18,0	24	32,5	22,7	25,5	30	34,5
Laufende Übertragungen an	12,7	23	9	24,0	22,5	9	8,5
Private Haushalte ⁸⁾	15,2	24,5	9	25,3	24	9,5	9
Unternehmen	- 1,8	9,5	5	11,3	8	7,5	3
Ausland	2,3	19,5	7,5	22,1	17,5	6,5	9
Geleistete Vermögensübertragungen ¹²⁾	15,1	9,5	21	9,0	10	22	20
Nettoinvestitionen	21,5	2	3,5	0,1	3	3	3,5
Ausgaben insgesamt	15,4	15,5	9,5	16,4	15	9,5	9

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9, 1975, S. 595 ff.) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität. — Angaben in Mrd. DM ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. —
²⁾ Vorausschätzungen der beteiligten Institute. — Angaben gerundet. — ³⁾ Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ⁴⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — ⁵⁾ Einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. —
⁶⁾ Ausschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 (1975: 0,2 Mrd. DM, 1976: 3,7 Mrd. DM). —
⁷⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — ⁸⁾ Einschließlich Zahlungen des Kindergeldes (Familienlastenausgleich) ab 1. 1. 1975. — ⁹⁾ Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte, Jagd- und Fischereisteuer), ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen, Verwaltungsgebühren, freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nichtselbständigen zur Sozialversicherung, Saldo der Versicherungstransaktionen zwischen Schadenversicherungsunternehmen und privaten Haushalten, Einzelunternehmen u. ä. sowie Saldo der laufenden Übertragungen zwischen privaten Haushalten und der übrigen Welt. — ¹⁰⁾ Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — ¹¹⁾ Einschließlich Stabilitätsabgabe und Investitionssteuer. — ¹²⁾ Einschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. —
¹³⁾ Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehnsrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

- Nr. 100 **Makroökonomische Entscheidungskriterien für den Aufbau alternativ großer Park-and-Ride-Systeme als Bestandteil des Nahverkehrs in einem Ballungsgebiet, dargestellt am Beispiel Hamburg.** Von J. Niklas. 61 S. 1974. DM 33,60.
- Nr. 101 **Qualitative Arbeitsmarktsteuerung.** Probleme und Möglichkeiten. Von K.-P. Gaulke. 158 S. 1974. DM 49,60.
- Nr. 102 **Die Entwicklung in der Güterverkehrssituation West-Berlins 1970 bis 1980.** Von R. Hopf. 234 S. 1975. DM 64,60.
- Nr. 103 **Leistungsstruktur der Bauwirtschaft und Perspektiven der Baunachfrage in West-Berlin.** Von H. Droege und P. Ring. 164 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 104 **Bedeutung und Möglichkeiten des Ost-West-Handels mit Energierohstoffen.** Von J. Bethkenhagen. 302 S. 1975. DM 76,—.
- Nr. 105 **Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen.** Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Von H. Birg unter Mitarbeit von E. Jöhrens und W. Kirner. 96 S. 1975. DM 36,—.
- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner. 162 S. DM 54,60.
- Im Druck:
- Nr. 107 **Verteilung von Entwicklungshilfe nach Empfängerländern: Theoretische und methodische Probleme der Formulierung operationaler entwicklungsbezogener Strategien.** Von Hans J. Petersen.
- Nr. 108 **Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.** Von M. E. Ruban, M. Lodahl, H. Machowski, H. Vortmann.
- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai.

Beiträge zur Strukturforschung

- Heft 28 **Projektionen und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftebedarfs in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland bis 1985.** Von W. Jeschek. 90 S. und 124 S. Tabellenanhang. 1973. DM 88,60.
- Heft 29 **Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt.** Vorausschau auf das langfristige Arbeitskräfte- und Bildungspotential in West-Berlin. Von A. Hegelheimer und G. Weißhuhn. 208 S. u. Tab. 1974. DM 116,—.
- Heft 30 **Intersektoraler Strukturvergleich zur Ermittlung von Schlüsselsektoren.** Empirische Ergebnisse für asiatische Entwicklungsländer anhand einheitlich aggregierter Input-Output-Tabellen. Von S. Schultz. 104 S. 1974. DM 38,60.
- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung.** — Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West). Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,—.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II. — Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982.** Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.
- Heft 37 **Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz.** Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Von Peter Ring. 88 S. 1975. DM 36,60.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5

Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.